

Militarismus ist unfeministisch

Feministische Außenpolitik kümmert sich um die Sicherheit der Menschen, nicht der Staaten. Militarismus, Männlichkeitsnormen und Krieg gehen Hand in Hand

Von Hanna L. Mühlendorff

Nach anfänglichen Bedenken spricht sich Bundeskanzler Olaf Scholz nun doch für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus. Bei einer 1.-Mai-Kundgebung in Düsseldorf bezeichnet er einen Pazifismus, der sich gegen Waffenlieferungen stellt, als „aus der Zeit gefallen“. Obschon er dafür auf der Kundgebung teils ausgepfiffen wird, beugt er sich damit auch dem vorherrschenden politischen und öffentlichen Diskurs. Wer ernsthaft gegen Waffenlieferungen ist, mache sich mit schuldig an Pausen Töten, sei gar antifeministisch.

Die Unterzeichner*innen des offenen Briefes der feministischen Zeitschrift *Emma*, die Kanzler Scholz auffordern, keine schweren Waffen an die Ukraine zu liefern, werden als feige Sofapazifist*innen bezeichnet, die nichts gegen die Gewalt gegen Frauen in der Ukraine täten. Doch es ist mehr als geboten, den rasanten Kurswechsel der Grünen und der Sozialdemokrat*innen kritisch und offen zu diskutieren. Vor dem Krieg in der Ukraine galt, dass die Bundesrepublik keine Waffen in Konfliktgebiete liefert. Erfordert die neue Situation eine Veränderung dieses Grundsatzes? Die feministische Forschung zu Sicherheit und Krieg und die Erkenntnisse feministischer Friedensbewegungen bieten hier zentrale Einsichten. Sie stellen die Sicherheit von Frauen in den Mittelpunkt und können genau damit eine kritische Haltung gegenüber der Lieferung schwerer Waffen begründen.

Eine feministische Außenpolitik und ein Be-kenntnis zur Umsetzung der Agenda der Vereinten Nationen zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sind zum ersten Mal im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Andere Länder wie Schweden und Kanada praktizieren eine feministische Außenpolitik schon länger. Was eine Außenpolitik feministisch macht, ist dabei nicht immer klar. Vor allem vermeiden die meisten Regierungen zu klären, welche Rolle das Militärische in ihrer feministischen Außenpolitik spielen sollte.

Abgeleitet von einer feministischen Theorie der Internationalen Beziehungen ist eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik in einer Fürsorgeethik („ethics of care“) begründet, die die Sicherheit von Menschen in den Mittelpunkt stellt, nicht die Sicherheit von Staaten. Das bedeutet, dass es nicht nur um die einfache Abwesenheit von Gewalt geht, sondern um das Bekämpfen struktureller Gewalt, also jeglicher Formen der Diskriminierung vor allem von Frauen und anderer marginalisierter Gruppen. Sicherheitspolitik muss sich demnach auch um wirtschaftliche und gesundheitliche Sicherheit kümmern. Feministische Forschung zeigt, dass Militarismus diesen Zielen im Weg steht. Militarismus bezieht sich hier auf alle Strukturen und Institutionen, die die Anwendung organisierter politischer Gewalt vorbereiten oder ausüben.

Erstens geht Militarismus fast immer mit Nationalismus und Rassismus einher. Es ist kein Zufall, dass die Bundeswehr – wie andere Armeen – ein Problem mit Rassismus hat, wie es der letzte Bericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bun-

destags wieder deutlich zeigt. Armeen sind eng mit der Idee des Nationalstaats verknüpft, dessen Territorium und Souveränität sie verteidigen sollen. Nirgends sieht man dies deutlicher als momentan in der Ukraine.

Zweitens: Militärs und ihre Strukturen sind von hierarchischer Männlichkeit geprägt und halten patriarchale Strukturen in der internationalen Politik und in unseren Gesellschaften aufrecht. Ein patriarchales System belohnt eine aggressive Form von Männlichkeit und macht Frauen und Minderheiten auf diese Weise noch unsicherer. Wie wir Männlichkeit im Privaten verstehen, ist auch entscheidend für die männlichen Normen, die in der internationalen Politik als legitim gel-